

KOSTENLOS! WEIL UNBEZAHLBAR

blickpunkt **TS**

DAS MAGAZIN DER CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Ausgabe 2/2020 | 2. Jahrgang

SPORTLICH ABGEWIRTSCHAFTET



DPoIG-Chef Rainer Wendt: „Stärkt unserer Polizei den Rücken“ ab Seite 4

Johannes Werner zum Wirtschaftsstandort TS Seiten 8-10

Sportvereine stoßen im Bezirk an ihre Grenzen Seite 19



Es gibt eine weitere Pandemie

„Kennen Sie Hengameh Yaghoobifarah? Nein? Nicht weiter schlimm. Das ist die Person, die sich verbittet als Frau oder Mann angeredet zu werden, sich wohl eher als Salatgurke fühlt und das mit einer Kolumne in der „taz“ unterstreicht, wonach Polizisten auf den Müll gehören und somit bei ihresgleichen wären. Inzwischen bat sie jedoch um Schutz durch diese „Müllmänner“. Sie tritt sehr gerne in bezahlten Diskussionen der Friedrich-Ebert-Stiftung auf, um, Sie werden es nicht glauben, gegen „Hate Speech“, also Hassreden zu parlieren, die sie natürlich nur bei anderen sieht. Die Ebert-Stiftung erhält vom Steuerzahler 170 Millionen Euro, die Heinrich-Böll-Stiftung übrigens 63 Millionen und die Rosa-Luxemburg-Stiftung 64 Millionen für solche und ähnliche Veranstaltungen. Teil ist auch die Antidiskriminierungs- und Rassismuskonzeption. Klar ist das Vorgehen der Polizei gegen

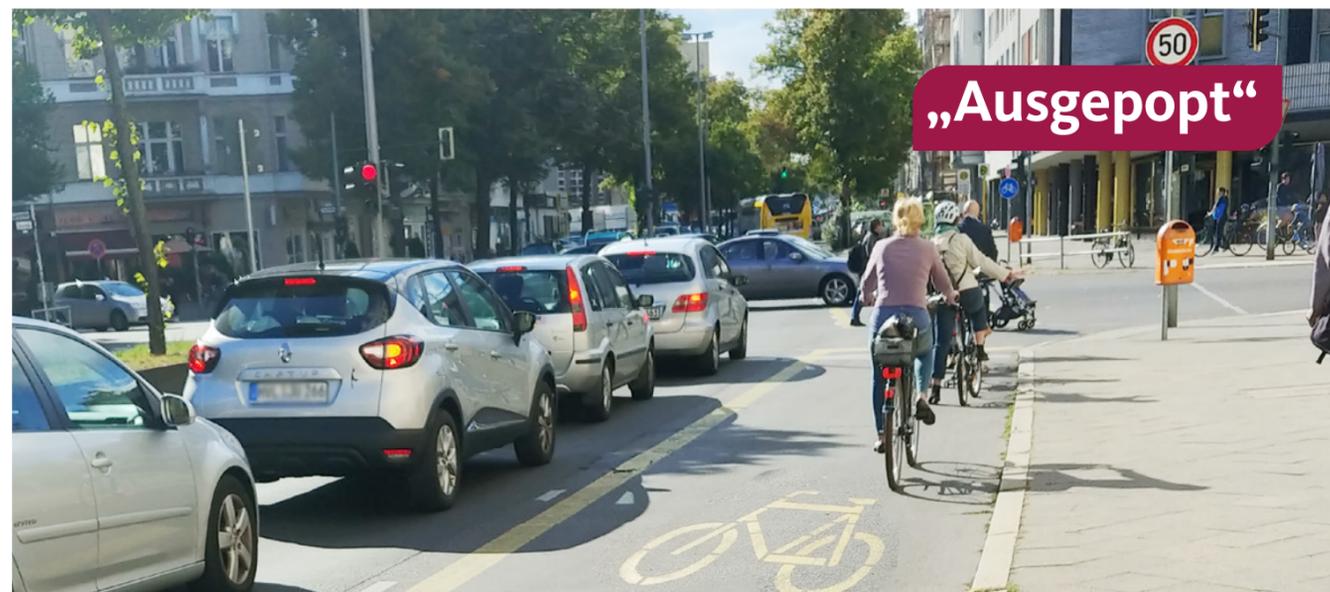
George Floyd, auch wenn es sich bei dem Opfer um einen mehrfach vorbestraften Mann handelte, nicht tolerierbar. Dieses



Verbrechen aber auf unsere Polizei zu übertragen, ihr einen latenten Rassismus zu unterstellen, wie auch die sinnbefreite Äußerung der SPD-Co-Vorsitzenden Saskia Esken impliziert, ist einfach unanständig

und völlig an der Realität vorbei. Was unsere Polizisten täglich leisten, dabei von bestimmten Leuten beleidigt, bespuckt und angegriffen werden, verdient unser aller Achtung. Ein ehemaliger Klassenkamerad rief mich kürzlich an und sagte: „Die Verrückten werden immer mehr und erhalten eine unangemessene Wahrnehmung. Das ist inzwischen auch eine Pandemie“ Ich finde, er hat Recht. Demonstrationen sind heute ein Event, egal worum es geht. Hauptsache man ist dabei. Fragen Sie einmal die Jugendlichen, die freitags nicht so gerne zur Schule gehen, was CO2 ist und welcher prozentuale Anteil in unserer Atemluft enthalten ist. Viel Spaß dabei. Ich wünsche Ihnen, dass sämtliche Pandemien Sie verschonen. Bleiben Sie optimistisch und denken Sie an Theodor Fontane: „Gegen Dummheit, die gerade in Mode ist, kommt keine Klugheit an“.

(Horst Kauffmann)



Wer nun hoffnungsvoll frohlockt, das Ende der derzeitigen Wirtschaftssenatorin Ramona Pop sei gekommen und sie flüchtet aus dem Amt wie der „Regierende“ und seine SPD-Senatorinnen Sandra Scheeres und Dilek Kalayci, den wird es enttäuschen. Aber es gibt genügend Bürger dieser Stadt, für die diese Nachricht, dass die unsäglichen Pop-up-Radwege von Rot-Rot-Grün rechtswidrig sind, erfreut. Erneut muss ein Gericht die Ideologieträume dieser auf erschreckender Weise unfähigen Landesregierung in geordnete

Bahnen lenken, und auch der Mietendeckel wird inzwischen selbst in Senatskreisen als rechtlich bedenklich angesehen.

Die für die Radwege laut Verwaltungsgericht notwendige Gefahrenlage konnte von der zuständigen Senatorin Regine Günther (Grüne) nicht belegt werden, weil eben nicht vorhanden. Fälschlich ist die Senatsverwaltung davon ausgegangen, es bräuhete keine Begründung für eine solche Einrichtung. Ich frage mich besorgt, wenn schon die handelnden Politiker ahnungslos daherkommen, wer berät die eigentlich?

Auch wenn unser Bezirk (noch) nicht betroffen ist, so ist davon auszugehen, dass bei der Qualität der grünen Verantwortlichen, auch Tempelhof-Schöneberg irgendwann in den Genuss dieses Unfugs gekommen wäre. Verstehen Sie mich nicht falsch, auch ich fahre Rad, brauche dazu jedoch keine 3m breiten Radwege und diesen Senat schon gar nicht. Ich hoffe auf die Urteilsbestätigung durch das OVG und auf einen Senat, der Vernunft walten lässt.

(Horst Kauffmann)

Tempelhof-Schöneberg im Blick

Liebe Leserinnen und Leser!

Die seit Mitte März mehrmals weiterentwickelte Verordnung zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurde Ende Juni stark vereinfacht und auf Abstands- und Hygieneregeln konzentriert. Auch wenn wir in Berlin und Deutschland bislang gut durch diese Krise gekommen sind, ist nun aufkommender Leichtsin im Umgang mit der Corona-Pandemie nicht angebracht – die Gefahr einer zweiten Welle bleibt real und wir alle können mit der Einhaltung der geltenden Regeln dazu beitragen, diese zu verhindern.

Besonders die Wirtschaft in unserem Land hat die Auswirkungen der Krise bereits zu spüren bekommen. Das Bruttoinlandsprodukt wird nach aktueller Schätzung der Wirtschaftsweisen 2020 um sechs bis sieben Prozent schrumpfen. Bei einer derart tiefgreifenden und für die Bundesrepublik bisher historisch dramatischen Rezession, drohen eine massive Insolvenzwelle, der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen und ein erheblicher Wohlstandsverlust für die allermeisten Bürger in Deutschland. Um dem entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung Anfang Juni ein umfangreiches Konjunkturpaket auf den Weg gebracht. Damit das 130-Milliarden-Euro-Hilfsprogramm jedoch auch zu nachhaltigem Wachstum führt, ist es entscheidend, dass Wirtschaft und Politik die jetzt beschlossenen Maßnahmen rasch umsetzen und dort, wo notwendig, auch die entscheidenden strukturellen

Reformen einleiten. Unverständlich ist daher, dass die große Koalition auf Betreiben der SPD in dieser Situation mit der sogenannten Grundrente, eine neue milliardenschwere Sozialleistung ohne eine gesicherte Finanzierung zulasten der Beitragszahler und kommender Generationen beschlossen hat, zumal das Geld am Schluss auch nur einem ganz kleinen Teil der Rentnerinnen und Rentner zugutekommt.

Wenn man denn auch etwas Positives in dieser Krise sehen möchte, dann ließe sich theoretisch die rasche Entwicklung in der Digitalisierung in vielen Bereichen anführen. Viele von uns haben in den letzten Monaten neue digitale Formate auf den unterschiedlichsten Plattformen sowohl im beruflichen als auch privaten Bereich kennengelernt. Auch in den Köpfen von Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schülern hat die Pandemie einen Digitalisierungsschub bewirkt, doch wurden sie vom Senat weitestgehend im Stich gelassen. Viele Lehrer waren bemüht, ihren Schülern auch während des Lockdowns digitale Lehrangebote zu machen, eine einheitliche Strategie von Seiten des Senats suchte man jedoch vergebens. Hier darf es nicht nur bei Lippenbekenntnissen und dem Verweis auf die Bildungsoffensive bleiben, sondern es müssen konkrete Maßnahmen zur Gestaltung der Digitalisierung an den Berliner Schulen zeitnah folgen.

Auch in der Berliner Verwaltung hat



die Krise die Defizite in der Digitalisierung und damit die Untätigkeit des Senates offengelegt. E-Government? Mit uneinheitlichen Serverlandschaften, fehlenden virtuellen Kommunikationsnetzwerken und Windows XP konnte das nichts werden. Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung bleibt eine Geschichte des Misserfolgs des rot-rot-grünen Senats und ein Happy End ist auch hier nicht in Sicht.

Zum Schluss: Der Austausch mit Ihnen ist uns wichtig. Bleiben wir also im Kontakt miteinander. Dabei nehmen wir gern Ihre Anliegen, Probleme oder Lebenserfahrungen in unsere Berichterstattung mit auf.

Viel Spaß beim Lesen und bleiben Sie gesund!

Mit herzlichen Grüßen

Florian Graf

Ihr Florian Graf, MDA
Kreisvorsitzender
CDU Tempelhof-Schöneberg

In dieser Ausgabe ...

Seite 7: Die MIT-Kreisvorsitzende über Corona-Auswirkungen bei Unternehmen im Bezirk.



Seite 11: Der neue Fraktionsvorsitzende Daniel Dittmar über die Arbeit in der BVV.



Seite 14: Unser Bundestagsabgeordneter Jan-Marco Luczak zum Thema „Ahndung von Hassgewalt“.



Seite 18: Enttäuschende Ergebnisse rot-rot-grüner Verkehrspolitik.



„Unsere Polizei braucht keine linken Parteitribunale“

DPoIG-Vorsitzender Rainer Wendt

Bild: © ALU



Zur Person

Der Duisburger Rainer Wendt, Jahrgang 1956, ist Schutzmann von der Pike auf. 1973 trat er in Nordrhein-Westfalen in den Polizeidienst ein und erlangte das Abitur über den zweiten Bildungsweg. Nach einem Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung absolvierte er den Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Wendt war zuletzt Dienstgruppenleiter und trat 2017 als Polizeihauptkommissar in den Ruhestand. Bereits früh engagierte er sich in der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (DPoIG), deren Landesvorsitzender er 1997 in Nordrhein-Westfalen wurde. Seit 2007 ist er Bundesvorsitzender. Wendt ist Mitglied von CDU und CSU und war 2019 kurzzeitig als Innen-Staatssekretär in Sachsen-Anhalt vorgesehen. Zudem ist er Mitglied des Bundesvorstands des Deutschen Beamtenbundes.

Bild: © CDUTS

Aktuell werden Deutschlands Ordnungshüter immer wieder mit Rassismuskonfrontationen konfrontiert, an denen sich SPD-Spitzenpolitiker eifrig beteiligen. Doch was ist tatsächlich an den Vorwürfen dran? BLICKPUKT TS sprach mit dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt.

Herr Wendt, Krawalle in Stuttgart, Berlin und anderen Städten. Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte: was läuft schief im Staat?

Krawalle hat es immer gegeben. Ich kannte das schon als junger Polizist, als wir uns mit starken Kräften gegen Randalierer und Gewalttäter zur Wehr setzen mussten. Insofern ist das zunächst kaum etwas Neues. Neu ist aber die Zusammensetzung des Publikums. Hier vermischen sich Gruppierungen mit unterschiedlichen Motiven. Es sind die bekannten Krawallmacher und Schläger, die Spaß daran haben, die Polizei zu attackieren. Es sind aber auch zu

einem Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, die vorgeben, sich hierher geflüchtet zu haben, aber in Wahrheit hier nichts verloren haben und ihren Aufenthalt dazu nutzen, Straftaten zu begehen. Und dann gibt es die politische Linke, darunter die kriminelle Antifa, die versucht, diese Strömungen zu bündeln und für sich beim Kampf gegen den Staat zu organisieren. Das ist eine ganz gefährliche Gemengelage, weil sich daraus auch Terrorismus entwickeln kann. Davon haben wir bereits genug: islamistischen, linken und rechten. Da brauchen wir nicht auch noch diesen Krawallterror im Land.

...vielleicht wäre da mal eine Demo für unsere Polizei angebracht?

Aus den Unionsparteien kommen da durchaus gute Signale, vor allem von der CSU, die eine Kampagne zur Unterstützung unserer Polizei in sozialen Netzwerken gestartet hat. Horst Seehofer ist übrigens jemand, der sich ohne Wenn und

Aber schützend vor die Polizei stellt und Kai Wegner macht das hier in Berlin auch. Da erfahren wir große Solidarität. Aber für eine Sache zu mobilisieren ist erheblich schwieriger, als gegen etwas, deshalb setze ich auf politische Einflussnahme, die ja auch oft genug gelingt.

Ein Blick nach Berlin: Die Hauptstadt hat seit kurzem ein Antidiskriminierungsgesetz. Was halten Sie davon?

Die Polizei hat seit Jahren, auch im europäischen Vergleich, Spitzenwerte. Über 85 Prozent der Deutschen vertrauen unserer Polizei. Wenn SPD, Grüne und Linkspartei behaupten, solche Gesetze sollen das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung in die Polizei stärken, so kann ich nur lachen und empfehlen, dass die sich mal um ihr eigenes Vertrauensverhältnis kümmern sollten. Da hätten sie schon sehr viel zu tun.

Das neue Gesetz ist nicht einfach nur ein Teil des Kampfes der politischen Linken gegen die Funktionsfähigkeit des Staates.

Man will einen Systemwechsel, und dazu brauchen die erstmal die Zerschlagung der funktionierenden Elemente unseres Staates. Also auch der Polizei. Und viele Dinge sind ja bereits kaputt, wie Berlin zeigt: Hier ist Rot-Rot-Grün gerade damit beschäftigt, die Verkehrsinfrastruktur und den Wohnungsbau zu zerstören. Aber die Polizei funktioniert noch, und das stört diese Leute. Und deshalb ist das Gesetz ein Baustein, genauso wie der neue Polizeibeauftragte. Dieser kommt als Begriff immer so harmlos als eine Art Kummerkasten daher. Tatsächlich ist aber der Berliner Polizeibeauftragte etwas völlig anderes als in anderen Bundesländern: Er ist nämlich eine Ermittlungsbehörde, die gegen Polizeibeschäftigte vorgehen soll – und zwar parallel zur Staatsanwaltschaft. Also nichts anderes als eine links-grüne Paralleljustiz, die deren Erwartungen zu folgen hat. Solche linken Parteitribunale braucht unsere Polizei nicht. Damit bringt der Senat nicht nur die vollziehende Gewalt unter Kontrolle, sondern auch die Justiz. Ich bin überzeugt

davon, das ist verfassungswidrig, und ich bin mir sicher, dass sich mit diesem Problem auch noch die Justiz befassen wird. Früher konnte man die SPD immer noch als staatstragende Partei einordnen und ich habe in mehr als 40 Dienstjahren in Nordrhein-Westfalen auch einige gute SPD-Innenminister erlebt. Ich denke da an Herbert Schnoor und Fritz Behrens oder an Otto Schily auf Bundesebene. Alles gestandene Sozialdemokraten. Die wären bei vergleichbaren Vorhaben, wie sie sich gerade in Berlin abspielen, aus der Haut gefahren. Sie hätten sich klar vor die Polizei gestellt. Kleines Wortspiel, aber da haben wir mit dem Berliner Innensenator nichts weiter als eine rot-grüne Geisel...

Was macht z.B. Bayern anders, weshalb der Polizeiberuf dort attraktiver ist?

Polizistinnen und Polizisten suchen sich ihren Dienort nicht nach einer bestimmten Regierung aus, sie wollen in einem Land oder in einer Stadt Dienst machen, weil man dort gerne leben und arbeiten will.

Ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen, die haben in ihren Heimatländern weitaus bessere Bedingungen, sie kommen aber dennoch nach Berlin. Sie haben ja auch allen Grund dazu, denn Berlin ist einfach eine ganz tolle Stadt – auch wenn es hier eine schlechte Regierung gibt. Die Bayern haben ein sehr enges Verhältnis zu ihrer Polizei und mit Joachim Herrmann einen Innenminister, der sich immer als erstes zu seiner Polizei bekennt, während sich Andreas Geisel als erstes gegen seine Polizei stellt. Zwar gibt es immer wieder mal Worthülsen von Geisel, aber ich habe noch nie einen Innenminister erlebt, der stolz darauf war, seine eigenen Beamten angezeigt zu haben.

Und die Bayern haben eine sehr gute Ausstattung und Ausbildung, es wird fleißig in Dienststellen investiert: ich denke da an die Hubschrauberstaffel oder die Reiterstaffel und die modernen Schießanlagen. Da fällt auch kein Putz von der Wand, sondern es wird sofort instandgesetzt. Und vor allem: Nach der Bundespolizei ist Bayern das Land,

Vortsetzung auf Seite 6

„Unsere Polizei braucht keine linken Parteitribunale“



Bild: ©pixabay/hesche70

das seine Polizistinnen und Polizisten am besten bezahlt, da hat die Hauptstadt noch jede Menge Nachholbedarf. Und denken Sie an Hausbesetzungen: In Berlin nimmt man das alles als gesellschaftliche Folklore hin, bis es sich verfestigt. Geisel schafft es überhaupt nicht mehr, Recht und Ordnung herzustellen. Da wurden früher Rechtsverhältnisse geschaffen, die jetzt das Einschreiten erschweren. Sehr im Interesse von Rot-Rot-Grün. Eine Regierung, die offenen Rechtsbruch duldet, darf sich über das Ergebnis nicht wundern. In Bayern gilt: Ein Haus bleibt höchstens 24 Stunden besetzt, spätestens dann wird es geräumt. Also: Wer Änderungen haben will, der muss CDU wählen. So einfach ist das.

Gerade ist das Thema Rassismus in aller Munde. Hat unsere Polizei tatsächlich ein solches Problem?

Ich wünsche mir, dass wir eine solche Diskussion gar nicht führen müssen, weil sie so absolut absurd ist. Die deutsche Polizei hat genauso wenig ein Rassismusproblem wie der Deutsche Bundestag ein Drogenproblem hat. Kein Mensch käme doch auf die Idee zu behaupten, dass der Bundestag ein strukturelles Drogenproblem hätte, weil es dort Drogendelikte gegeben hat. Und natürlich gibt es Einzelfälle von rassistischen Straftaten, die aber im Übrigen

zumeist von der Polizei selbst festgestellt und von ihr auch verfolgt werden. Diese ganze Diskussion ist ein Teil des linken Kampfes gegen den Staat. An der Heftigkeit und Geschwindigkeit der Debatte können Sie wahrnehmen, wie vergiftet das Klima bereits ist. Vor wenigen Wochen war die Polizei, als kaum noch was funktionierte, Held der Coronakrise. Während der Flüchtlingskrise waren Bundes- und Landespolizeien jene, die alles organisiert haben. Und nun? Inzwischen gibt es sogar immer mehr Medienvertreter, die ihre Berichtspflicht gegen einen linken Haltungsjournalismus ausgetauscht haben. Denken Sie an das Medienmärchen, wonach es für Clans ein großes Interesse gäbe, die Polizei unterwandern zu wollen. Eine Zeitungsente. Natürlich gibt es in einer Stadt wie Berlin auch viele Bewerbungen von Menschen, die einen Migrationshintergrund haben. Das ist auch gut so. Die wollen wir auch haben, wenn sie geeignet sind. Wenn jetzt jemand mit einem bekannten Clan-Namen zur Polizei kommen und ein Leben außerhalb der Clan-Strukturen führen will, dann kann man das doch nur begrüßen. Wo soll denn da eine Unterwanderung stattfinden? Wenn die fertigen Dienstkräfte nach ihrer Ausbildung auf die Straße kommen, dann fahren die erstmal Streife oder füllen die Bereitschaftspoli-

zeiabteilungen auf. Das sind doch alles keine Geheimnisträger. Davon abgesehen: Unterschätzen Sie bitte niemals die Polizeiausbildung, in der immer wieder aussortiert wird. Auch nicht jeder Bäckerlehrling wird schließlich Bäcker. Sorge bereitet mir vielmehr das schlechte Bildungssystem. Inzwischen hat auch die Polizei Berlin wieder Lehrkräfte einstellen müssen, die im Bereich Orthografie nachbessern. Allerdings ist das so neu nicht, denn das hatten wir in den 1980er Jahren auch schon. Tanja Knapp, die Präsidentin der Berliner Polizeiakademie, packt hier übrigens genau an den richtigen Stellen an. Und: Lob an unsere Anwärtinnen und Anwärter. Sie gehören zu den Menschen, die noch immer die Mehrheit im Lande abbilden: Die wollen morgens aufstehen und gehen fleißig arbeiten, um etwas zu leisten. Tolle junge Menschen, die positiv zu unserem Land und seiner Ordnung stehen. Sie trifft wegen der Defizite auch keine Schuld, denn es ist das Schulsystem, das versagt und die Regierung in Berlin, die die Polizei im Stich lässt. **Würden Sie sich heute wieder für den Polizeiruf entscheiden?** Ja, sofort. Auch in Berlin, gerade in Berlin.

(Das Interview führten Horst Kauffmann und Carsten Schanz am 30. Juli 2020.)



Corona trifft Firmen und Unternehmen im Bezirk sehr hart

„Mit Geld ist Vieles nicht zu regeln“

1 6.500 Unternehmen mit mehr als 100.000 Beschäftigten: Tempelhof-Schöneberg ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Den vielen kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen ging es wie fast allen: Die Pandemie hat sie mit voller Wucht erwischt.

Es fehlten ausreichend Equipment für Homeoffice, Masken und Desinfektionsmittel. Das produzierende Gewerbe durfte zwar arbeiten und die Auftragslage war gut, doch fehlten Teile, weil Lieferketten unterbrochen waren. Beschäftigte mussten zu Hause bleiben, da Kinder zu betreuen waren. Wer konnte, stellte seine Produktion um und praktisch täglich waren neue Herausforderungen zu meistern. Bis auf ein oder zwei Engpässen hat es die Wirtschaft geschafft, die Lieferketten aufrecht zu erhalten und die Menschen mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen.

Umso weniger können Unternehmer verstehen, dass einige Verwaltungen ihre Tätigkeit sehr stark heruntergefahren haben. Keine Termine beim Bürgeramt, keine KFZ-Zulassung, verstrichene Fristen bei der Justiz, keine Baugenehmigungen. Es ist vielen Menschen in der Wirtschaft schwer zu vermitteln, dass sie im öffentlichen Leben und bei der Arbeit ein hohes Risiko

eingingen oder durch das Arbeitsverbot in Ihrer Existenz bedroht waren, während andere mangels Digitalisierung in den Behörden monatelang bezahlt freigestellt wurden. Damit das öffentliche Leben und die Wirtschaft wieder anlaufen können, sind voll funktionsfähige und krisensichere Behörden unerlässlich!

Die Zuschüsse und Corona Hilfen – berlinweit bis Mitte Juli Mittel von knapp 2 Milliarden Euro bewilligt – wurden zwar schnell und unbürokratisch vergeben, aber mit Geld ist eben Vieles nicht zu regeln. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion hat in den vergangenen Jahren immer wieder Vorschläge zur Entbürokratisierung vorgelegt, die den Unternehmen viel Aufwand abnehmen würden ohne die Staatskassen zu belasten. Es wäre jetzt Zeit, das im Interesse Aller umzusetzen und die Krise als Chance zu nutzen.

Wie sieht es heute in Berlin aus? Die Menschen, die eben noch „beklatscht“ wurden, bekommen ihre Personaldokumente nicht verlängert und das Auto nicht zugelassen um in den wohlverdienten Urlaub zu fahren. Auf dem Weg zur Arbeit stehen sie im Stau, weil unbedacht und übereilt geplante Pop-up-Radwege die knappe Infrastruktur leichtfertig neu verteilen, statt neue zu schaffen. Ich würde

mir eine Regierung wünschen, die sich für die Belange aller Berliner einsetzt. Auch für die Interessen der Bewohner aus den Randbezirken, der Fußgänger, der Radfahrer, der Nutzer des ÖPNV und der Autofahrer, der Wirtschaft und der Familien, der Mieter und Vermieter.

Ein Wort noch zu Karstadt: Endlich, die Rettung des Standortes am Te-Damm ist verkündet! In vielen anderen Städten ist die Zusammenarbeit der Behörden mit den Ladeninhabern vor Ort und der Immobilienwirtschaft schon lange üblich um innerstädtischen Leerstand von Einzelhandelsflächen und Verödung der Einkaufsstraßen zu verhindern. Es wäre schön, wenn wir in Berlin diesen Weg jetzt auch gemeinsam gehen würden.

Nicht umsonst heißt der erste Lehrsatz in der Volkswirtschaftslehre: „Zweck allen Wirtschaftens ist der Konsum“. Und ohne Vertrauen in die Zukunft wird der Konsum nicht wieder anspringen und die Wirtschaft nicht wieder zum Laufen kommen. Eine funktionierende Wirtschaft garantiert Arbeitsplätze. Davon profitieren viele Menschen im Wirtschaftsstandort Tempelhof-Schöneberg.

(Gabriele Köstner, Kreisvorsitzende der Mittelstandsvereinigung (MIT))

Bild: ©pixabay/geralt

„Berlin wird unter seinen Verhältnissen regiert“

JOHANNES WERNER ZUR AKTUELLEN WIRTSCHAFTSSITUATION

Die jüngsten Karstadt-Pläne in Tempelhof fordern die Politik und rufen die Wut der Menschen hervor. Erst im Mai ist der Abgeordnete Johannes Werner als Nachfolger für den verstorbenen Markus Klaer in das Parlament nachgerückt. BLICKPUNKT TS sprach mit dem ausgewiesenen Wirtschaftsfachmann über seine ersten Tag mit Mandat und die aktuellen Herausforderungen.

Herr Werner, sind Sie gut im Parlament angekommen?

(lacht) Ich bin gerade dabei. Es gab schon die ersten intensiven Gespräche mit der Fraktionsspitze, allen voran mit unserem Vorsitzenden Burkard Dregger und den Parlamentarischen Geschäftsführern. In solchen Gesprächen geht es vor allem darum, Aufgaben sinnvoll zu verteilen, denn jeder Abgeordnete hat ja Schwerpunkte, für die er zuständig ist.

Mir war es zunächst wichtig, die Aufgaben von Markus Klaer fortzuführen, wobei ich meinen besonderen Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik sehe. Auch wenn der Ausschuss Wirtschaft bestens besetzt ist, habe ich der Fraktion angeboten, ihr meine wirtschaftliche Expertise uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen. Hierauf ist man gerne eingegangen.

Als Mitglied im Hauptausschuss beschäftige ich mich mit allen haushaltsrelevanten Vorgängen. Dies gibt mir auch einen tiefen Einblick in die Arbeit der anderen Fachausschüsse. Innerhalb des Hauptausschusses verantworte ich die Bereiche Umwelt und Verkehr. Darüber hinaus gehöre ich dem Unterausschuss Bezirke an, wo es auch eine starke Rückkoppelung in die Bezirksverordnetenversammlungen gibt. Und worüber ich mich besonders freue: ich sitze im Ausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling, da geht es um 60 unmittelbare und 130 mittelbare Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen, beispielsweise die BVG, Vivantes, städtische Wohnungsbaugesellschaften, den Zoo

oder den Flughafen. Als ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Sparkassen, ist mir diese Aufgabe nicht fremd. Daher werde ich versuchen, die Dinge auch aus unternehmerischer Perspektive zu betrachten, was klassischen Vollblutpolitikern manchmal schwerer fällt.

Gibt es für Sie ein besonderes Bild des typischen Abgeordneten?

Ach, ich glaube, es gibt *den* Abgeordneten tatsächlich nicht, weil es einfach viel zu viele unterschiedliche Charaktere mit verschiedenen politischen Schwerpunkten sind. In der Fraktion haben wir voneinander sehr unterschiedliche Parlamentarier, aber es herrscht ein eindrucksvolles Miteinander. Das halte ich persönlich für sehr wichtig. Beeindruckend für mich war, als ich bei meiner ersten Fraktionssitzung mit dem Satz „willkommen im Team“ begrüßt wurde. Das sagt schon vieles. Bei der Kandidatenkür für Parlamente ist es immer wichtig, nicht gleichartig denkende Menschen aufzustellen. Innerhalb der Wertvorstellung der CDU müssen sich dort viele Frauen und Männer mit unterschiedlichen Biografien, Berufen und Lebenserfahrungen sammeln. Die Vielfalt macht doch die Schlagkraft aus.

Der CDU-Fraktion gelingt es nicht immer, ihre Arbeit zu transportieren. Wo sehen Sie die Schwächen?

Es ist immer eine Herausforderung, wenn eine Fraktion viele Bereiche beackern muss. Aber ich erkenne vor allem Schwächen bei Rot-Rot-Grün, und es muss unsere Aufgabe sein, diese hervorzuheben und anzugehen. Berlin wird unter seinen Verhältnissen regiert. Das ist katastrophal und es ist wichtig, dass wir Alternativen aufzeigen. Das macht die CDU. Sie bietet als einzige Partei im Parlament eine klare politische Alternative an und zeigt auf, was diese Regierung momentan verzapft. Die Wirtschaftspolitik ist beispielsweise ein Bereich, in dem die Union sehr stark ist, sie immer wieder gute Anträge

und Vorschläge einbringt und dabei die Finger kräftig in die Wunde des Senats drückt. Also: Niemals aufhören, gegen den R2G-Strom zu schwimmen, weiter gute Lösungsvorschläge einbringen und sich selbst immer fragen, was man noch besser machen könnte. Denn auch in der Wirtschaftspolitik kann man Dinge noch prägnanter verfolgen.

Ich sehe die Wirtschaft aber auch nicht als Überschrift für alles, denn für mich hat Wirtschaft in erster Linie eine dienende Funktion. Sie hat den Zweck, den Menschen zu nutzen, Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu generieren. Rot-Rot-Grün macht da einen wesentlichen Fehler, der ideologisch bedingt ist: auf der Ausgabenseite sind sie fit. Sie wissen, wohin sie Gelder fließen lassen wollen und manches wird auch ideologisch einfach versenkt. Denken sie an die Pop-up-Radwege. Alles ideologische Dinge, die Berlin kein Stück voran bringen. Und dann klopfen sie beim Finanzsenator an, weil ihnen auffällt, dass die Finanzierung fehlt. Dann haben sie einen ganz tollen Trick, der eigentlich nur dumm ist. Sie sagen: wenn wir die Ausgaben haben, dann müssen wir eben die Einnahmen erhöhen, indem wir an der Steuer- und Abgabenschraube drehen. Die CDU denkt da völlig anders. Wenn es der Wirtschaft gut geht, werden Steuermittel generiert, werden Arbeitsplätze geschaffen, die selber auch wieder Steuermittel schaffen. Also alles ein großer Kreislauf. Und dann habe ich auf der anderen Seite Ausgabemöglichkeiten, die es sonst nicht gäbe. So wird die Volkswirtschaft gestärkt und deswegen geht es ja Deutschland auch gut. Weil wir eine starke Wirtschaft haben. Dann kann man soziale Projekte starten, Programme aufleben lassen. Dann können Investitionen gestartet werden, die Berlin auch voran bringen zum Beispiel im sozialen Bereich durch die Schaffung weiterer Kitaplätze. Kurzum: Gute Wirtschaftspolitik ermöglicht eine gute Sozialpolitik.

Aber Rot-Rot-Grün stellt diesen Bezug überhaupt nicht her. Wir haben zwar Wirt-



Zur Person

Der Diplom-Sparkassenbetriebswirt Johannes Werner, Jahrgang 1958, stammt aus Nordrhein-Westfalen und ist gelernter Bankkaufmann. Er arbeitete sich bis in die Vorstände hoch, war mehr als 14 Jahre Vorstandsvorsitzender von Sparkassen, darüber hinaus Vizepräsident bei Industrie- und

Handelskammern. Er ist Ehrensenator der Hochschule für Technik Wirtschaft in Aalen und im Ehrenamt Flughafenseelsorger. Er sitzt im Kreisvorstand der CDU Tempelhof-Schöneberg, sowie im Ortsvorstand Schöneberger Westen. Seit Ende Mai ist er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Bild: ©Laurence Chaperon

schaftsförderung und Berlin-Partner, die alle sehr redlich sind, aber ich fordere ein, dass wir das Ganze wieder auf die Füße stellen. Also die Frage angehen, wie wir unsere Finanzkraft ankurbeln können. Im Hauptausschuss möchte ich dahingehend Mahner sein, wie wir unsere Finanzwirtschaft wieder besser aufstellen. Dort bekomme ich ja mit, wie viel Gelder tatsächlich verschleudert und fehlinvestiert werden. Und genau da bringe ich meine Kompetenz mit ein.

bleiben wir bei der Wirtschaftspolitik: Die geplante Schließung des Tempelhofer Karstadt-Hauses bewegt die Menschen noch immer. Nach einer Rede haben Sie Anfang Juli tobenden Applaus bei einer Demo erhalten. Wie ist die momentane Lage?

Ich stehe mit der Betriebsratsvorsitzenden in engem Kontakt und inzwischen wissen wir, dass das Haus am Tempelhofer Damm nun doch geschlossen werden soll.

Doch ohne eine entschiedene Abkehr von der fatalen rot-rot-grünen Politik, wird sich dieser Etappensieg nicht nachhaltig auswirken können. Das Problem ist, dass

linke Politiker in Berlin gerne das Wort „Arbeitsplätze“ thematisieren, sich als große Gewerkschafter verkaufen und dann auf Applaus warten. Aber Fakt ist: ich kann nur dort nachhaltige Arbeitsplätze schaffen, wenn ich ein Unternehmen habe, das die Arbeitsplätze auch nachhaltig finanzieren kann. Ich kann keine schaffen oder erhalten, wenn ein Unternehmen am Stock geht. Die sind dann zwar erstmal da, aber dann auch wieder ganz schnell weg.

Ganz konkret ist die Frage also: Wie ist Karstadt in Tempelhof aufgestellt? Es geht um ein Warenhaus, also um eine Branche, die nicht problemlos ist. Aber: Wie ist der Zulauf, wie ist die Struktur, wie sind die Perspektiven, wie ist das Management aufgestellt, wie wird für was investiert? Und wenn man dann zu dem Ergebnis kommt, das Unternehmen ist gut aufgestellt und hätte unter bestimmten Voraussetzungen eine Zukunft, dann gilt das auch uneingeschränkt für Arbeitsplätze.

Karstadt-Tempelhof hatte vor Corona keine Verluste, sondern erwirtschaftete Gewinne – und zwar nach Abzug der sicherlich nicht günstigen Miete. Für den Eigentümer war es demnach unklug, ein

Unternehmen, das Gewinne abwirft und Deckungsbeiträge erwirtschaftet, zu schließen. Und deswegen mussten wir uns dafür einsetzen, dass diese Arbeitsplätze gerettet werden. Und es musste auch mit dem Vermieter gesprochen werden. Warenhäuser sind Zweckimmobilien, in denen keine Wohnungen entstehen können. Die Frage wäre, was der Vermieter mit einer leeren Immobilie anfangen will, die sogar durch einen Eintrag im Grundbuchamt ausschließlich als Warenhaus betrieben werden darf. Der Eigentümer war gut beraten, sich hier an konstruktiven Lösungen zu beteiligen. Alle sitzen im selben Boot und wir haben uns mit der Frage zu beschäftigen, wie wir eine Lösung herbeiführen, die Karstadt Tempelhof und die Mitarbeiter dort in eine gute Zukunft führt.

Und nun müssen wir Politiker uns auch dem eigentlichen Problem wieder widmen, nämlich der mangelnden Attraktivität des Tempelhofer Damms als Einkaufs- und Verkehrsstraße. Positiv ist, dass es dort zwei Magnetpunkte gibt, den Hafen und das optisch beeindruckende Karstadt-Gebäude. Leider mangelt es aber dazwischen an attraktiven Geschäften und wir haben keine

Vortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9:

„Berlin wird unter seinen Verhältnissen regiert“



Bild: ©privat

breite Sortimentsstruktur. Genau das wäre aber nötig, um die ganze Straße aufzuwerten, wovon wiederum alle Geschäfte profitieren würden. Aber das Bezirksamt scheint andere Pläne zu verfolgen. Hier möchte man den Tempelhofer Damm in erster Linie so umgestalten, dass das Parken und Befahren deutlich erschwert wird. Das muss jeden potenziellen Ladenbesitzer abschrecken, da völlig unklar ist, wo man parken soll und wie die Zulieferer die Ware anliefern können. Tatsächlich ist der Unmut über die Pläne auch bei den bereits ansässigen Geschäftsleuten deutlich zu spüren, denn sie können sich nur noch den dort wohnenden Menschen oder den mit der BVG anreisenden Kunden zuwenden. Aber die können ja dann auch in die Schlossstraße, zum Ku'damm oder zum Alexanderplatz fahren. Ich als Abgeordneter erwarte mir an dieser Stelle vom rot-rot-grünen Senat und von der zuständigen Stadträtin Christiane

Heiß deutlich mehr Kreativität und Innovationskraft bei der Stadt- und Verkehrsplanung, die alle Verkehrsmittel adäquat berücksichtigt und auch ausreichenden Parkraum bereithält. Leider halten sie aber an ihrer verfehlten und einseitig gedachten Verkehrs-ideologie fest.

Wie gestaltet sich in der Karstadt-Frage das Zusammenwirken mit anderen...?

Politik hat die Aufgabe, das Land weiterzuentwickeln zum Nutzen der Menschen und auch der Unternehmen. Und um etwas zu erreichen, müssen Parteien zusammenwirken und sich zweckorientiert einem Projekt gemeinsam widmen. Wir müssen also andere einbinden und davon überzeugen, dass unsere Ideen die besseren sind. Und gerade bei Karstadt hatten wir ein gemeinsames Ansinnen, nämlich das Warenhaus zu erhalten und die Arbeitsplätze zu retten. Alle Parteien,

Vortsetzung auf Seite 10

die dort demonstrieren, hatten dieses Ziel – allerdings mit sehr unterschiedlichen Wegvorstellungen. So sprach ein Vertreter der Linken gleich davon, dass ein solcher Immobilienbesitz schändlich sei und rief nach Regulierungen, die aber eigentlich schon mit Verstaatlichung und Enteignungen vergleichbar waren. Auch Kevin Kühnert hielt leider nur eine Schaufensterrede, die inhaltlich überhaupt nicht hilfreich war.

Für die CDU war es wichtig, einen Konsens zwischen Eigner, Betreiber, den sehr motivierten und freundlichen Beschäftigten und auch den Kunden zu schaffen, denn ohne Kunden brauche ich kein Warenhaus. Es bleibt also weiter wichtig, dass bei Karstadt ordentlich eingekauft wird.

Deswegen muss man darauf achten, sich nicht mit den Falschen an einen Tisch zu setzen. Bei Karstadt wird deutlich, wie ideologisch durchtränkt grüne und linke Politik ist. Die denken sofort an Enteignung, was verdeutlicht, wie wenig Sachverstand sie eigentlich haben.

Ich werde die Entwicklung von Karstadt eng begleiten und alles daransetzen, dass das Haus und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich habe inzwischen so viele Menschen getroffen, die das Warenhaus bereits als Kinder besucht haben und sich den Tempelhofer Damm ohne Karstadt kaum vorstellen können. Das Haus steht solide da und es wäre daher absurd, es fallen zu lassen. Als Vorstandsvorsitzender von Sparkassen hatte ich die Personalverantwortung von 1900 Menschen, jeder von ihnen war ein Einzelschicksal. Mir ist daher sehr bewusst, dass man mit Arbeitsplätzen verantwortungsvoll umgehen muss. Ich habe die Hoffnung, dass sich diese Erkenntnis auch bei Karstadt immer mehr durchsetzt. Auch die Entwicklung des Tempelhofer Damms behalte ich im Auge und stehe bereits mit wirtschaftlichen Netzwerken und Bürgerinitiativen im Dialog.

Ich werde also meine verbleibende Zeit in der laufenden Legislaturperiode als Abgeordneter nutzen und kann nur allen Leserinnen und Lesern anbieten, sich mit Themen, die sie beschäftigen und belasten, an mich zu wenden. Als Parlamentarier bin ich Interessenvertreter der Menschen in Berlin und sehe mich als ihr Anwalt.

Das Interview führte Carsten Schanz am 15. Juli 2020

Neuer Fraktionschef Daniel Dittmar

„Wir sind sehr gut aufgestellt“

Bild: ©Laurence Chaperon

Im Februar wählte die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg den 32-jährigen Juristen Daniel Dittmar zu ihrem neuen Vorsitzenden. Inmitten der Pandemie war er vom ersten Tag an gefordert und stellte sich schnell als Glücksfall für die Union dar. Blickpunkt TS sprach mit dem Politiker über Erfahrungen und Vorhaben.

Herr Dittmar, COVID-19 fordert die Bezirkspolitik noch immer und hat auch Ihnen keine Schonzeit gegönnt. Wie haben Sie also die Zeit seit Ihrer Wahl erlebt – mal ganz abgesehen von Corona und dessen Auswirkungen?

Es war ein sehr intensiver und spannender Start, bei dem ich viel gelernt habe. Die CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg ist ein tolles engagiertes Team, das viele Ideen für unseren Bezirk hat und in allen Ortsteilen sehr präsent ist. Als Vorsitzender hat man dabei eine koordinierende und sehr kommunikative Funktion. Man ist aber auch plötzlich für alle Themen zuständig – da war auch viel Neues und vor allem Interessantes dabei. Nur ein Beispiel: Mit der Gesundheitspolitik im Bezirk hatte ich bisher nur wenig zu tun. Da habe ich, angesichts der gegenwärtigen besonderen Rolle des Gesundheitsamts, in den vergangenen Monaten viel gelernt.

Welche politischen Schwerpunkte setzen Sie sich und was wollen Sie mit der Fraktion bis zu den Wahlen im Herbst 2021 erreichen?

Meine politischen Schwerpunkte liegen seit meinem ersten Einzug in die BVV im Jahr 2011, in den Bereichen

Sicherheit, Ordnung und Verwaltung. Die Bürgerämter sind beispielsweise die Visitenkarte des Bezirksamts. Auch wenn man als Bürger mit der Verwaltung wenig am Hut hat, ins Bürgeramt muss jeder mal. Daher ist mir ein digitales Bürgeramt, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, wichtig. Das fängt beim Antrag am Laptop zu Hause an und hört bei flexiblen Öffnungszeiten, also auch in den Abendstunden und auch an Samstagen, zur Abholung eines Dokuments auf. So müssen alle Ämter aufgestellt sein!

Außerdem liegen mir die Sportvereine besonders am Herzen. Der Sport in unserem Bezirk hat so viele positive Funktionen, das halte ich für außerordentlich unterstützenswert.

Mir ist aber wichtig, dass wir als Fraktion den gesamten Bezirk im Blick haben – von der grünen Stadtgrenze in Lichtenrade über das sich wandelnde Tempelhof bis hin zum pulsierenden Wittenbergplatz. Und auch thematisch beackern wir die Felder in der ganzen Breite und Tiefe – da sind wir sehr gut aufgestellt.

Und im Vergleich zu anderen Parteien? Wo erkennen Sie Stärken und Schwächen?

Wir sind mit unseren unterschiedlichen Mitgliedern zu allen Themen des Bezirks einlassungsfähig. Natürlich wird auch eifrig diskutiert und um den besten Weg gerungen. Am Ende stehen aber immer Entscheidungen, die alle mittragen und geschlossen vertreten können – also genau das Gegenteil von dem, was die rot-grüne Zählgemeinschaft im Bezirk präsentiert.

Zur Person

Daniel Dittmar, Jahrgang 1988, ist seit 2004 Mitglied der CDU. Nach dem Abitur und seinem Grundwehrdienst bei der Bundeswehr, studierte er ab 2008 Rechtswissenschaften an der FU Berlin. Seit 2018 ist er Volljurist und als Beamter beim Land Berlin tätig. Dittmar war viele Jahre in der Jungen Union aktiv – u. a. als Kreisvorsitzender in Tempelhof-Schöneberg und als stellvertretender Landesvorsitzender. Er führte zudem mehrere Jahre den CDU-Ortsverband Neu-Tempelhof und ist als Kreisvorstandsmitglied zuständig für die Bereiche „Sicherheit und öffentliche Ordnung“. 2011 zog er erstmals in die Bezirksverordnetenversammlung ein, im Februar 2020 übernahm er das Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Die größte Stärke ist aber unsere Orientierung an der Sache – wir wollen immer die besten Lösungen für die Menschen in unserem Tempelhof-Schöneberg und verfolgen keine ideologische Agenda. Damit können wir auch in der BVV überzeugen: von etwa 300 durch die CDU eingebrachten Anträgen wurden ca. 220 beschlossen.

Unsere Schwäche: wir müssen mehr werden! Derzeit sind wir mit 11 von 55 Bezirksverordneten die drittstärkste Kraft – da geht mehr und mit Blick auf die kommenden Wahlen bin ich sehr optimistisch.

Welche Themen könnten auf Bezirksebene 2021 wahlentscheidend sein?

Da 2021 von der Bezirksebene bis zum Bundestag gewählt wird, müssen wir die ganze Themenpalette im Blick haben. Das ist eine knifflige Herausforderung, aber auch eine gute Chance, die vielschichtigen zusammenhängenden Themen zu beleuchten.

Ich glaube, dass dabei der Umgang mit der Coronakrise auch auf die Bezirkspolitik einen großen Einfluss haben wird. Diese schwierige Ausnahmesituation hat einige bereits längst bekannte Probleme noch stärker in den Fokus gerückt. Ich denke da an die Digitalisierung der Verwaltung, den teilweise verwahrlosten öffentlichen Raum, die Situation in den Schulen und Kitas oder den Verkehr, der für alle Mobilitätsarten verbessert werden muss. Die Menschen werden sich noch mehr für das interessieren, was vor Ihrer Haustür passiert. Da sind wir als Bezirkspolitiker natürlich die erste Anlaufstelle. Es wird also ein spannendes Jahr!

(Das Gespräch führte Guido Pschollkowsky im Juli 2020)

Sexueller Missbrauch an Kindern

Klare Kampfansage der Politik

Die jüngsten Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern in Bergisch Gladbach und Münster machen fassungslos. Die Größenordnung ist unvorstellbar, mittlerweile liegen den Ermittlern rund 30.000 Hinweise auf mögliche Tatverdächtige vor. Selbst die ermittelnden Beamten finden kaum Worte, um die Verbrechen zu beschreiben. Sexueller Missbrauch von Kindern macht leider auch vor Tempelhof-Schöneberg nicht halt. So ist es gerade einmal drei Jahre her, dass bekannt wurde, dass zwei Jungen über Jahre von ihrem Pflegevater sexuell missbraucht worden waren. Das alles zeigt: Es muss noch viel mehr für den Schutz von Kindern unternommen werden. Die Union fordert daher seit Langem härtere Strafen, bessere Instrumente für die Ermittlungsbehörden und mehr Präventionsarbeit. Unter dem großen Druck der CDU/CSU hat sich endlich auch Bundesjustizministerin Christine Lambrecht bewegt und im Sommer 2020 Reformvorschläge vorgelegt. Darin finden sich viele Forderungen wieder, die die Union bereits Anfang 2019 in dem Positionspapier „Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen“ vorgestellt hatte.

„Kindesmissbrauch ist eines der widerlichsten Verbrechen, das man sich vorstellen kann. Die Seele von Kindern wird auf das Schwerste verletzt. Viele Opfer bleiben oftmals ihr Leben lang

traumatisiert. Hier darf es kein Pardon geben“, sagt Jan-Marco Luczak, der als rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag maßgeblich Druck auf die Justizministerin ausgeübt hatte. „Wir als Union haben dem sexuellen Missbrauch von Kindern schon seit Jahren den Kampf angesagt“, so Luczak weiter „leider mussten wir in der Vergangenheit mit unserem Koalitionspartner zäh und zeitraubend um Fortschritte in diesem Bereich ringen.“ An dieser Haltung schien die SPD auch nach Bekanntwerden der schweren Missbrauchsfälle in Münster festzuhalten. SPD-Justizministerin Christine Lambrecht erteilte einer Erhöhung des Strafraums beim sexuellen Missbrauch von Kindern zunächst noch eine strikte Absage. Erst unter dem Druck der CDU/CSU und der öffentlichen Diskussion lenkte Lambrecht ein und legte erste Vorschläge zum besseren Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt vor. Dabei griff sie viele Forderungen der Union auf. „Es ist gut, dass die Ministerin nun unsere Vorarbeiten aufgreift und wir nun endlich weiter kommen“, zeigte sich Luczak erleichtert.

Ein wesentliches Ziel der Union ist es, zukünftig sicherzustellen, dass gefasste Täter keine weiteren Kinder missbrauchen können. Deswegen soll

Untersuchungshaft in solchen Fällen leichter möglich und Bewährungsstrafen weitgehend ausgeschlossen sein. Auch Eintragungen im erweiterten Führungszeugnis sollen nach dem Willen der Union nicht dauerhaft gelöscht werden.

Bereits im Januar dieses Jahres hatte sich die Union zudem erfolgreich für den besseren Schutz von Kindern im Internet durch eine Verschärfung des Strafrechts und der Ermittlungsbefugnisse beim sogenannten Cybergrooming eingesetzt. Cybergrooming bezeichnet das gezielte Ansprechen von Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte. Mit der vom Bundestag verabschiedeten Gesetzesreform ist nun bereits der Versuch, sexuelle Kontakte zu Kindern im Internet anzubahnen, strafbar. Gleichzeitig wurden Ermittlern mehr Befugnisse an die Hand gegeben, um insbesondere Kindepornografie im Darknet besser bekämpfen zu können.

Die Union drängt daher nun auch beim Thema sexualisierte Gewalt gegen Kinder auf eine rasche Lösung. „Wir müssen jetzt schnell ins parlamentarische Verfahren kommen, damit die Maßnahmen wirken und weiterer Missbrauch verhindert werden kann. Denn jeder Tag, an dem der Schutz unserer Kinder nicht verbessert wird, ist einer zu viel“, so Luczak. (CS)



Bild: ©pkababy/Greyerbaby_gif



Bild: ©Büro Jan-Marco Luczak

Knöllchen und Co

Chance für Kostentransparenz vertan

Ein offenbar zu heißes Thema ist die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung angegangen. In der jährlichen Senats-Broschüre „Was kostet wo wie viel?“ wird offengelegt, dass zahlreiche Gebühren in Tempelhof-Schöneberg deutlich höher sind als in anderen Bezirken. Darunter fallen auch die ungeliebten „Knöllchen“, aber auch Beratungen im Bürgeramt oder Parkvignetten.

„Wir wissen, dass 2018 die Pflege eines Gartenbaums bei uns 78 Euro, in Reinickendorf aber nur 33 Euro kostete

und fragen uns, warum das so ist“, merkt Fraktionschef Daniel Dittmar an. Die CDU beantragte eine jährliche Erläuterung und hoffte auf eine transparente Darstellung durch das Bezirksamt. „Wir wollten die Zahlen besser verstehen und hofften, Optimierungspotenzial zu erkennen“, so der CDU-Mann.

Die linke Mehrheit im Bezirksparklament sah das allerdings anders und lehnte den CDU-Antrag ab. „Transparente Politik sieht anders aus“, meint Dittmar und verspricht, an dem Thema dran zu bleiben. (CS)



Bild: ©ALU

Trauer um CDU-Politiker



Bild: ©Laurence Chaperon

Vollkommen überraschend ist im Mai der CDU-Abgeordnete Markus Klaer (Foto) gestorben. Der erst 51jährige Politiker war seit 1999 Mitglied der CDU und gehörte dem Ortsverband Alt-Tempelhof an. In dessen Vorstand hatte er verschiedene Positionen inne, seit 2003 war er schließlich Vorsitzender. Auch im Kreisvorstand war Klaer aktiv, zuletzt als Beauftragter für das Internet und die Onlinekommunikation.

Klaer machte sich aber vor allem wegen seines Eintretens für die Belange von Lesben und Schwulen einen Namen. Im Februar 2015 übernahm er für vier Jahre den Berliner Landesvorsitz der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) und baute später deren neuen Kreisverband Tempelhof-Schöneberg auf.

Bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen im September 2006 kandidierte Klaer erstmals für ein Direktmandat, unterlag jedoch im Wahlkreis 2. Auch 2011 trat er an, dieses

Mal im Wahlkreis 4 gegen den damaligen SPD-Fraktionschef Michael Müller. Zwar errang Klaer einen Achtungserfolg, konnte sich aber schließlich nicht durchsetzen. Nachdem der Lichtenrader Abgeordnete Nicolas Zimmer zum Staatssekretär ernannt wurde, rückte Klaer über die Bezirksliste in das Parlament nach. Als Abgeordneter wirkte er in der 17. Legislaturperiode u.a. als Mitglied im Hauptausschuss sowie im Wissenschaftsausschuss.

Der ehemalige Bundeswehroffizier forderte bei den Wahlen im September 2016 den inzwischen zum Regierenden Bürgermeister gewählten Müller erneut heraus, konnte aber auch dieses Mal das Direktmandat nicht gewinnen. Schließlich schied er aus dem Abgeordnetenhaus aus.

Nachdem Hildegard Bentele im vergangenen Jahr in das Europäische Parlament gewählt wurde, rückte Klaer erneut in das Abgeordnetenhaus nach. Auch dieses Mal wurde er Mitglied im Hauptschuss, im Unterausschuss Bezirke.

Der CDU-Kreisvorsitzende Florian Graf würdigte Klaer als jemanden, der sich außerordentlich stark für die Belange der Menschen im Bezirk einsetzte. „Vor allem die breite Akzeptanz und Gleichstellung von Lesben und Schwulen lag ihm am Herzen. Wir werden ihn sehr vermissen“, so Graf.

Wenige Wochen vor seinem 91. Geburtstag ist der frühere Tempelhofer Bundestagsabgeordnete Joachim Kalisch gestorben. Kalisch trat 1948 der CDU bei und war somit 72 Jahre Parteimitglied. Der gelernte Großhandelskaufmann engagierte sich zunächst im neu gegründeten Berliner Landesverband der Jungen Union (JU) und war von 1949 bis 1965 deren Kreisvorsitzender in Tempelhof, ab 1959 zugleich stellvertretender Landesvorsitzender des Partei-Jugendverbandes. 1960 wechselte er für vier Jahre auf den Posten des JU-Landessekretärs.

Auch in der CDU übernahm er wichtige Posten. Von 1965 bis 1971 war er Landesgeschäftsführer der CDU Berlin und gehörte von 1977 bis 1979 dem Landesvorstand an. Ebenfalls in den 1970er Jahren wirkte er im damaligen Bezirk Tempelhof für mehrere Jahre als Bezirksstadtrat.

Im November 1980 wurde er vom Abgeordnetenhaus erstmals als Berliner Vertreter in den Deutschen Bundestag gewählt. Auch 1983 und 1987 zog er in den Bundestag ein und wirkte vor allem als Mitglied im Innenausschuss. Mit der Konstituierung des ersten gesamtdeutschen Parlaments im Dezember 1990, schied Kalisch schließlich nach zehnjähriger Zugehörigkeit aus dem Bundestag aus und beendete seine politische Laufbahn. (CS)

Der Rechtsstaat gilt auch digital

Hassgewalt und Upskirting



Bild: © pixabay/FotoRieth



Bild: © Büro Jan-Marco Luczak

Mit dem Smartphone haben wir heute Rund um die Uhr Zugriff auf das Internet. Wir können in Sekundenschnelle Fotos machen und mit der ganzen Welt teilen, auf Meinungen und Kommentare in den sozialen Netzwerken reagieren und auch anonym agieren.

Gelten in der digitalen Welt keine Regeln und Gesetze mehr?

„Doch“, sagt Jan-Marco Luczak, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter von Tempelhof-Schöneberg und rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion: „Der Rechtsstaat gilt, sowohl real als auch digital“. Mit dem Gesetz gegen Hasskriminalität und dem neuen Straftatbestand beim Upskirting, hat der Bundestag deswegen im Juli den Schutz im Netz und der Persönlichkeitsrechte erhöht. BLICKPUNKT TS sprach mit dem Abgeordneten.

Herr Dr. Luczak, Anfang Juli hat die Große Koalition das Gesetz gegen Hasskriminalität auf den Weg gebracht. Damit soll unter anderem Hass und Hetze im Internet Einhalt geboten werden. Sind Sie schon einmal im Netz beleidigt oder bedroht worden?

Leider ja, das kommt sogar häufig vor. Als Mitglied des Bundestages ist es meine

Aufgabe und Verantwortung, mich zu vielen gesellschaftlichen Themen zu äußern, Stellung zu beziehen und mit anderen in die Diskussion zu treten. Das passt leider nicht jedem. Statt die Meinung anderer zu respektieren oder in die sachliche Diskussion zu gehen, meinen viele, sie müssten stattdessen in der vermeintlichen Anonymität des Internets ganz offen drohen oder beleidigen. Einschüchtern lasse ich mich persönlich davon aber nicht.

Ist dies ein wachsender Trend und welche Gefahren gehen Ihrer Meinung davon aus?

Hass und Hetze, Beleidigung und Gewaltandrohungen im Netz haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen und sind radikaler geworden. Sie machen vielen Menschen Angst und können für die Betroffenen eine schwerwiegende psychische Belastung darstellen. Die Verrohung im Netz wird so zunehmend auch zu einer Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Denn viele Menschen trauen sich erst gar nicht mehr, ihre Meinung frei und offen zu äußern. Das ist nicht akzeptabel. Der Staat darf nicht zusehen, wenn versucht wird, Menschen mundtot zu machen und einen offenen Diskurs zu ersticken.

Die freie Meinungsäußerung ist ein zentraler Pfeiler unserer freien und offenen Gesellschaft. Dass das so bleibt, dafür muss der Rechtsstaat sorgen.“

Aber viele argumentieren, es seien ja „nur Worte“...

... aus denen nicht selten auch Taten folgen, dafür sind doch die schrecklichen Ereignisse von Halle, Hanau oder die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke mahnende Beweise.

Das Gesetz gegen Hasskriminalität steuert dem nun entgegen?

Ja, das neue Gesetz ist eine klare Kampfansage an alle, die sich in der Anonymität des Internets sicher fühlen und glauben, sie müssten sich hier nicht an Recht und Gesetz halten. Unser Rechtsstaat gilt, sowohl real als auch digital. Wer im Netz hetzt oder mit sexuellen Übergriffen oder mit Gewalt droht, wird künftig härter bestraft und effektiver verfolgt.

Aber es werden allein auf deutschsprachigen Seiten im Netz jeden Tag hunderte von Nachrichten und Inhalte gepostet und kommentiert, wie sollen die Ermittlungsbehörden da den Überblick behalten?

Mit dem neuen Gesetz nehmen wir die

Anbieter sozialer Medien wie Facebook oder Twitter mit in die Verantwortung. Sie müssen strafbare Inhalte und die Daten des Täters zukünftig an das Bundeskriminalamt melden, damit eine Strafverfolgung eingeleitet werden kann.

Der bessere Schutz der Persönlichkeitsrechte steht auch im Mittelpunkt der strengeren gesetzlichen Vorschriften im Zusammenhang mit dem so genannten Upskirting. Was genau versteht man darunter und warum war es notwendig geworden, dies nun unter Strafe zu stellen? Unter Upskirting versteht man das heimliche Fotografieren unter den Rock. Nicht selten werden diese Bilder dann auf sozialen Medien oder in Chatgruppen geteilt und verbreitet. Mittlerweile verfügt nahezu jedes Smartphone über

eine integrierte Kamera, das macht es den Tätern immer leichter. Bei diesen Taten wird die Intimsphäre schwerwiegend verletzt. Für die Opfer sind solche Aufnahmen demütigend und oft mit weit reichenden psychischen Folgen verbunden. Es ist traurig, aber leider notwendig geworden, nun auch strafrechtlich dagegen vorzugehen. Upskirting ist kein Kavaliersdelikt.

Welche Strafe droht den Tätern denn jetzt?

Die Täter handeln in aller Regel aus sexueller Motivation heraus und die Opfer werden zu einem Lustobjekt degradiert. Deswegen haben wir als Union darauf gedrungen, dass solche Taten als Verletzung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung geahndet werden. Damit droht den Tätern nun eine

Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren. Dasselbe Strafmaß gilt dann übrigens künftig, wenn jemand Unfalltote fotografiert oder filmt. Auch dafür haben wir uns als Union stark gemacht.

Solche Fotos sollten sich doch aber eigentlich von selbst verbieten ...

Ja, das sollten sie. Und dennoch ist es leider auch hier notwendig geworden, neben einer klaren gesellschaftlichen Ächtung, strafrechtlich dagegen vorzugehen. Es darf nicht sein, dass Schaulustige bei Unfällen furchtbare Fotos oder Videoaufnahmen machen und diese dann über soziale Netzwerke verbreiten. Das verletzt die Würde der Opfer, auch über den Tod hinaus.

(Das Gespräch führte Horst Kauffmann)



Wenckebach-Klinikum

„Standort muss für medizinische Versorgung bleiben“

Seit dem vergangenen Jahr geistern Pläne herum, das Wenckebach-Klinikum (WBK) in Tempelhof zu schließen. Die Corona-Pandemie im Frühjahr hat diese Pläne zunächst gestoppt. Das WBK wurde hier sogar zu einem wichtigen Faktor und zeitweise eine von acht Corona-Abklärungsstellen in Berlin.

Die CDU Tempelhof-Schöneberg will nun vom Träger, dem landeseigenen Vivantes-Krankenhauskonzern, und vom Berliner Senat schnellstmöglich ausführliche Informationen bekommen, wie es mit dem Krankenhaus, das über 443 Betten in sieben medizinischen Fachabteilungen verfügt und jährlich etwa 21.000 Patientinnen und Patienten versorgt, weitergehen soll.

Offenbar plant Vivantes, das Auguste-Viktoria-Klinikum (AVK) in Friedenau, wo ausreichend Platz vorhanden ist, derart auszubauen, dass die Kapazitäten des WBK

dort unterkommen können. Nicht infrage kommt dagegen wohl eine Modernisierung des WBK, dessen architektonisch zwar schöne, aber nicht mehr ganz zeitgemäßen Backsteinbauweise dagegenspricht. Zwar gibt es noch keine finale Entscheidung von Vivantes und Senat, aber um Beschäftigten und auch Patienten des WBK Sicherheit zu geben, was die Zukunft angeht, muss transparent offengelegt werden, was die Entscheidungsträger konkret wollen.

Mit einigem Unbehagen ist zu verfolgen, dass sich das Personal des WBK bereits jetzt mit Überlegungen beschäftigt, in Richtung Auguste-Viktoria-Klinikum (AVK) abzuwandern. Und auch das St. Josef-Krankenhaus in Tempelhof dürfte ein begehrtes Ziel für die verunsicherte Belegschaft sein. Es besteht die Gefahr, dass das WBK personell Stück für Stück ausblutet, noch bevor es eine finale Entscheidung über seine Zukunft gibt. Das

ist nicht akzeptabel!

Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen und um eine weiterhin gesicherte wohnortnahe medizinische Versorgung für die Tempelhofer und Schöneberger. Hierfür braucht es einen transparenten, demokratischen Entscheidungsprozess, der nicht allein wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt. Die CDU Tempelhof-Schöneberg wird sich dieser Diskussion stellen. Für uns ist klar, dass der Standort des WBK nicht aufgegeben werden darf. Und sollte es zu einer Auslagerung einzelner Abteilungen des WBK kommen, dann müssen zumindest die bewährte Rettungsstelle, die Chirurgie, die Intensivmedizin und die Geriatrie am jetzigen Standort des WBK erhalten bleiben.

(Guido Pscholkowski,
Gesundheitspolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion)

Bilder: © Carsten Schatz



Deutschland und die USA: Eine untrennbare Partnerschaft für die Berliner

Austauschprojekte wie das Parlamentarische Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages und des US-amerikanischen Kongresses (PPP) sind Brückenbauer zwischen Deutschland und den USA und daher mehr denn je, vor allem für Berliner, besonders wichtig.

Die Feierlichkeiten des Unabhängigkeitstages am 4. Juli, zu denen die US-Botschaft wieder traditionell einlud, fanden in diesem Jahr nicht auf dem Tempelhofer Feld statt, sondern aufgrund der Covid-19-Pandemie stattdessen virtuell. Das ist umso bedauerlicher, als sich das Kriegsende und der Berliner Viermächtestatus zum 75. Mal jähren. Noch heute finden sich in Berlin, vor allem in Tempelhof-Schöneberg, zahlreiche Erinnerungen an die US-Alliierten, so auch das ehemalige RIAS-Funkhaus (heute Deutschlandradio), das Kino Columbia (heute Columbia Theater) oder der John-F.-Kennedy-Platz vor dem Rathaus Schöneberg. Sie sind Zeugen der Beziehungen beider Länder, die auf gemeinsamen Werten und historischen Erfahrungen beruhen.

Berlin hat den Amerikanern viel zu verdanken und die Beziehungen waren stets von Freundschaft und gegenseitiger

Bewunderung geprägt. Viele Amerikaner lieben Berlin und fühlen sich den Berlinern verbunden. Doch das Bild der transatlantischen Beziehungen hat sich vor allem seit dem Amtsantritt von Donald Trump verändert. Die Programmatik des „Make America Great Again“ hat intensive Debatten über die innen- und außenpolitische Ausrichtung der USA entfacht und stellt die Beziehungen zwischen den USA und der EU auf die Probe. Auch das Bild der Deutschen auf die USA hat sich laut Statistiken in den letzten Jahren verschlechtert. Jüngste Gründe liegen im Umgang der US-Regierung mit der Corona-Krise sowie den Protesten gegen Rassismus anlässlich des Todes von George Floyd. Diese Themen prägen auch den derzeitigen Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Doch ob sich der aktuelle Vorsprung des Demokraten Joe Biden bis zur Wahl im November halten lässt, ist offen.

Das Verhältnis wurde auch durch den rot-rot-grünen Berliner Senat getrübt. Falsche Vorwürfe, wie der Streit um eine verschollene Lieferung von 200.000 FFP2-Masken durch Innensenator Andreas Geisel (SPD), belasten die transatlantischen Beziehungen ohne Not.

Deshalb ist es wichtiger denn je,

einen Weg in die Zukunft zu entwickeln: Neben einer Stärkung des Handels zwischen der EU und den USA, auch um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu bekämpfen, benötigt es eine Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen. Auch Austauschprogramme wie das PPP können die Beziehungen nachhaltig stärken. Das interkulturelle Programm für Schüler und junge Berufstätige versucht, die Lebenswelten von Deutschen und Amerikanern, jenseits der touristischen Ziele, in Familien, der Schule oder Universität und im Beruf gegenseitig zu vermitteln. Auch Jan-Marco Luczak (CDU), direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Tempelhof-Schöneberg, hat das Programm im letzten Jahr durch eine Patenschaft für zwei US-Amerikaner unterstützt und stellte klar: „Von dieser Erfahrung werden sie ein Leben lang profitieren. Viele junge Menschen träumen davon, einen Blick über den Tellerrand zu werfen und Zeit im Ausland zu verbringen. Manchmal fehlt der Mut, häufiger aber die finanziellen Möglichkeiten. Ich möchte daher alle jungen Menschen in meinem Wahlkreis ermutigen, sich für das Programm zu bewerben.“

(Inga Frohmann)

Digitalisierung scheitert ausgerechnet in Berlin

Digitalisierung der Berliner Verwaltung ist eine der drängendsten Zukunftsfragen. Gerade die Corona-Pandemie hat hierbei zwei Dinge offengelegt: Viele von uns sind viel flexibler und anpassungsfähiger als sie von sich selbst dachten und haben eine Digitaloffensive hingelegt. Das ist eine gute Nachricht. Aber leider ist inzwischen jedem klar, dass das Land Berlin bei der Digitalisierung unter Rot-Rot-Grün auf der Stelle tritt.

Lehrer, Eltern und Schüler fluchten gleichermaßen über die abgestürzte Server oder veraltete Lernplattform. Laboren und Gesundheitsämtern fehlt die Schnittstelle zur Corona-App und viele Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes konnten im Homeoffice nur eingeschränkt arbeiten, weil sichere VPN-Verbindungen in der Verwaltung Mangelware sind. Es gibt viel nachzuholen.



Bild: © Pixabay/geralt

Und dann ist da noch die gescheiterte Windows-10-Umstellung oder die verkorkte Ausschreibung der E-Akte. Obwohl sich bereits im Januar abzeichnete, dass die Ausschreibung platzen würde, wurde der zuständige Fachausschuss des Abgeordnetenhauses mehrere Monate nicht informiert. Aber selbst wenn auf der Software-Seite alles funktionieren würde, müssten noch zehntausende Standrechner

durch Laptops ersetzt werden.

Stattdessen sollte Berlin endlich die Vorreiter-Rolle einnehmen, die man von einer modernen Hauptstadt erwartet. Die CDU möchte diese Rolle annehmen und setzte sich beispielsweise für WLAN an allen Schulen, die Einführung einer digitalen Ausschreibungsplattform sowie von Servicekonten für die Bürger, die Digitalisierung von Praxen, eine intelligente Verkehrslenkung, eine E-Partizipationsplattform und ein flächendeckendes digitales Belegungssystem für Sportvereine ein.

Damit das gelingt, braucht es endlich die notwendigen technischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen, um solche zentralen Projekte zügig umsetzen zu können. Mit der analogen Koalition von SPD, Linken und Grünen wird daraus aber nichts werden.

(Patrick Liesener)



Bild: © Gerald Schmitt



S-Bahnhof Priesterweg

Luczak kritisiert Radwegsituation

Das Fahrrad erlebt in Berlin einen ungeahnten Boom. In der Corona-Krise haben sich viele von Bus und Bahn abgewendet und das Fahrrad als günstiges und klimafreundliches Fortbewegungsmittel für sich entdeckt. Zählstationen registrieren inzwischen ein um mehr als 20 Prozent höheres Verkehrsaufkommen. Mit der höheren Auslastung werden aber auch die vielen Gefahrenpunkte im Berliner Radwegnetz besonders deutlich. Einer davon liegt am Knotenpunkt um den S-Bahnhof Priesterweg in Schöneberg. Das will der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete von Tempelhof-Schöneberg, Jan-Marco Luczak, ändern. Er fordert Rot-Rot-Grün auf, endlich zu handeln.

Der Radweg entlang des S-Bahnhofs

ist eine beliebte Pendlerstrecke, bietet eine schnelle Verbindung ins Stadtzentrum und damit eine echte Alternative für die Bewohner der umliegenden Kieze in Steglitz, Friedenau, Schöneberg und Tempelhof zum ÖPNV oder zum eigenen Auto. Leider wird dieses positive Bild durch den schwierigen Streckenabschnitt zwischen Prellerweg und Hans-Baluschek-Park überschattet. Hier sorgen das Ende des asphaltierten Radwegs, enge Bürgersteige, Kopfsteinpflaster und eine schmale und schwer einsehbare Auffahrt zum Park gerade in Stoßzeiten für viel Frust und gefährlichen Situationen.

Das Problem ist bekannt, nur passiert ist bisher nichts. Die zuständige Senatsverkehrsverwaltung sitzt angeblich bereits seit

rund drei Jahren an einer Entwurfsplanung. Jetzt hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak der Sache angenommen. „Viele besorgte Bürgerinnen und Bürger haben mich angeschrieben und sich über die Radwegsituation am S-Bahnhof Priesterweg beschwert. Das nehme ich sehr ernst“, erläutert Luczak. „Warum hier angeblich seit drei Jahren geplant wird, es aber immer noch kein Ergebnis gibt, ist mir unverständlich. Ich habe mich daher im Sommer noch einmal mit ganz konkreten Lösungsvorschlägen direkt an Verkehrsministerin Regine Günther gewandt und sie zum Handeln aufgefordert“. Bleibt zu hoffen, dass sich die Senatorin mit ihrer Antwort nicht drei Jahre Zeit lässt. (CS)

Bild: © Pixabay/Marcel Schlegelmichl



Neuer Verkehrsvertrag enttäuscht

Bilder: Privat

Wer darauf setzte, dass die U-Bahnlinie 6 nach Lichtenrade und die Linie 9 nach Marienfelde verlängert wird, wurde bitter enttäuscht. Vor allem bei den Menschen im Süden von Tempelhof-Schöneberg stößt der Verkehrsvertrag zwischen dem rot-rot-grünen Senat und der BVG auf großes Unverständnis.

Im Juli hat der Senat den Vertrag, der ein Volumen von rund 19 Milliarden Euro umfasst und eine Laufzeit bis 2035 hat, zugestimmt. Die Grundvergütung der BVG und Tarifersatzleistungen (für Schüler/Azubi-Ticket, für Ticket S und Schwerbehinderten-Freifahrten) machen mit 12,7 Milliarden Euro den Löwenanteil aus. Für Fahrzeuge und Infrastruktur sind jährlich 800 Millionen Euro vorgesehen.

Für die Verlegung des geplanten Gleichrichterwerks - es sorgt dafür, dass U-Bahnen genügend Strom erhalten - am U-Bahnhof Alt-Mariendorf hatte sich die CDU in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und im Abgeordnetenhaus ausgesprochen. Dies gelang: Die BVG erklärte, das Gleichrichterwerk so bauen zu wollen, dass es einer eventuellen Verlängerung der U6 nicht mehr im Weg steht. Auch Anträge für eine Machbarkeitsstudie wurden von der Union eingebracht. Mein Kollege Florian Graf hat mit seiner schriftlichen Anfrage den Druck auf den Senat erhöht, denn die U-Bahn gilt zu Recht in einer wachsenden Metropole wie Berlin als das Verkehrsmittel der Zukunft: Schließlich

bleibt überirdisch Platz für Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Straßengrün.

Der rot-rot-grüne Senat ignorierte jedoch alle Sachargumente und Beschlüsse und schloss nun den neuen Verkehrsvertrag ohne einen weiteren U-Bahn-Ausbau ab. Dies ist umso unverständlicher, als Rot-Rot-Grün im Rahmen des Verkehrsvertrages allein zwei Milliarden Euro für den Ausbau von Straßenbahnstrecken aufwenden möchte. Im Abgeordnetenhaus wird die CDU weiter für den Ausbau der U-Bahn und damit für eine langfristig orientierte Verkehrspolitik, eine Politik mit mehr Platz für mehr Fahrgäste und mit Platz für verschiedene Verkehrsträger, kämpfen.

(Roman Simon)



Rot-Rot-Grün gegen neuen Regionalbahnhof

Bild: © pixabay/Indira

Kopfschütteln bei der CDU: Im August hat die rot-rot-grüne Mehrheit im Abgeordnetenhaus den Unions-Antrag zur Errichtung eines Regionalbahn-Haltepunktes an der Buckower Chaussee abgelehnt. „Mir fehlt dazu jegliches Verständnis“, sagt Tempelhof-Schönebergs CDU-Chef Florian Graf, Wahlkreisabgeordneter in Mariendorf-Süd, Marienfelde und Lichtenrade-Nord.

„Das Nein der Koalition ist ein Rückschlag

für einen besseren Nahverkehr und die Industrie in unserem Bezirk“, kritisiert Graf. Unverständnis herrscht vor allem deshalb, weil selbst die Senatsverkehrsverwaltung in einer Stellungnahme die Bedeutung dieses Bahnhofs für die Entwicklung des Gewerbestandorts Motzener Straße hervorgehoben hat.

Der engagierte Abgeordnete zweifelt immer mehr: „Man muss sich fragen, welchen Stellenwert das Wort der beiden grünen

Senatorinnen Ramona Pop und Regina Günther überhaupt noch hat. Wenn es um konkrete Verbesserungen bei der Verkehrsanbindung von 200 Unternehmen mit mehreren tausend Arbeitsplätzen geht, verweigert sich Rot-Rot-Grün. Wer es ernst meint mit Klimaschutz und Verkehrswende, der sorgt für mehr Attraktivität bei Bussen und Bahnen. Diese Verweigerungshaltung macht den Senat unglaubwürdig.“

(CS)



Corona bringt Sportvereine an ihre Grenzen

Bild: © Privat

Freude und Erleichterung bei den Sportvereinen. Seitdem im Juli die Kontaktbeschränkungen aufgehoben wurden, darf endlich wieder „richtig“ trainiert werden. Und in einigen Sportarten geht auch der Wettkampf wieder los – wenn auch ohne Zuschauer. Corona hat den Vereinen nicht nur wirtschaftlich vieles aberlangt. Was sind die größten Sorgen der Sportvereine im Bezirk? Welche Unterstützung erfahren sie vom Bezirk? Und vor welchen Herausforderungen stehen sie?

Fehlende Wettkampfspiele und weiterhin laufende Kosten machen insbesondere größeren Vereinen, die auf Zusauhereinnahmen angewiesen sind, wirtschaftlich zu schaffen. Senat und Landessportbund haben einen Rettungsschirm für den Berliner Sport gespannt. Finanzielle Probleme waren für viele Vereine jedoch nicht die größte Herausforderung. Im Gegenteil. „Wir sind gut durch die Krise gekommen, bezahlen eben keine Spieler. Unsere Trainer haben trotz Lockdown Geld bekommen. Aber wir hätten es für unmoralisch erachtet, Steuergelder anzunehmen“, sagt Gerd Thomas, Vorsitzender des FC Internationale aus Schöneberg. In Lichtenrade sieht es ähnlich aus: „Uns fehlten zwar Zusauhereinnahmen, allerdings gab es auch keine Kosten des Spielbetriebs. Finanzierungshilfen haben wir nicht in Anspruch genommen“, ergänzt Gunther Bethke, Vorsitzender Lichtenrader BC 25 (LBC).

Zu schaffen machen den Vereinen vor allem die zum Teil widersprüchlichen Corona-Regeln. „Es ist nicht nachvoll-

ziehbar, warum es keine einheitlichen Regeln für ganz Berlin gibt und die Bezirke die Vorschriften völlig unterschiedlich interpretieren“, so Thomas. Gunther Bethke sieht das ähnlich: „Die größte Herausforderung war es, die regelmäßig korrigierten Hygienebestimmungen sowohl des Landes als auch des Bezirks umzusetzen.“

Anders als bei vielen kommerziellen Sportanbietern blieben die Mitglieder ihren Vereinen treu. Der Zusammenhalt in den Sportvereinen ist groß. Die Fluktuation ist beim FC Internationale geringer als in den Vorjahren. „Wir haben nach der Corona-Pause mehr Mitglieder als vorher“, sagt Gerd Thomas und führt das auf eine intensive Kommunikation mit den Mitgliedern zurück. Und auch beim LBC sind keine außerordentlichen Kündigungen bekannt.

Vom Sportamt im Bezirk erhoffen sich beide Vorsitzenden nicht nur in der Krise mehr Unterstützung. „Die Kommunikation mit dem Sportamt ist leider nicht so, wie man sich das wünschen würde. Es gibt dort zu wenig Leidenschaft für den bezirklichen Sport. Es gab Zeiten, da war niemand erreichbar. Mehr muss man nicht wissen“, kritisiert Thomas. Und auch Bethke findet keine lobenden Worte: „Die Möglichkeiten, die das Land Berlin den Vereinen einräumte, wurden vom Bezirk nicht ausgeschöpft. Kabinen wurden viel zu spät geöffnet, wo andere Bezirke schneller reagiert haben.“ Wünschen würden sich Thomas „Begeisterung für den Sport im Bezirk und eine Proaktive Kooperation mit



den Vereinen. Zumindest Grundlagen zeitgemäßer Kommunikation. Von Visionen oder Zukunftsstrategien will ich gar nicht reden.“ Der LBC-Vorsitzende hofft darauf, dass „die Möglichkeiten, die die Hygienevorschriften das Landes Berlin bietet, schnellstmöglich zum Wohl der Sportler und der Vereine im Bezirk umgesetzt werden.“

Vor welchen Herausforderungen stehen die Vereine? Bethke fordert vom Sportamt zum Beginn des Spielbetriebs „uneingeschränkt offene Kabinen“ und ein Konzept, ein Konzept, „damit die Sportler wieder duschen können.“ Gerd Thomas berichtet aus der Praxis: „Der Aufwand für Training und Heimspiele ist enorm gestiegen. Das bringt uns manchmal an Grenzen.“ Es werde vor allem darauf ankommen, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und die Vereinsmitglieder nicht zu überfordern. Unverständnis äußert er angesichts der unterschiedlichen Corona-Regeln: „Warum wir 10 Zuschauer unter freiem Himmel wegschicken müssen, wenn ich einen Tag vorher mit 50 Leuten im Museumsraum sein darf, freitags in der Kneipe mit 30 Leuten und im Strandbad Wannsee mit 300 Leuten, das weiß wahrscheinlich nur Gesundheitsministerin Kalayci allein.“

Corona ist noch nicht vorbei. Als tragende Säule der Gesellschaft tragen die Sportvereine eine große Verantwortung. Damit sie nicht an Ihre Grenzen kommen, verdienen sie Unterstützung und die passenden Rahmenbedingungen durch das Sportamt.

(Denis McGee)

FÜR SIE VOR ORT

CDU Tempelhof-Schöneberg | Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin

CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Telefon: 030 751 33 88
info@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

CDU-FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Rathaus Schöneberg, Raum 3054
John-F.-Kennedy-Platz | 10820 Berlin
Telefon: 030 784 83 96
info@cdu-fraktion-ts.de
www.cdu-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

BÜRGERBÜRO DR. JAN-MARCO LUCZAK MDB

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Telefon: 030 757 04 264
jan-marco.luczak.wk@bundestag.de
www.luczak-berlin.de

BÜRGERBÜRO JOHANNES WERNER MDA

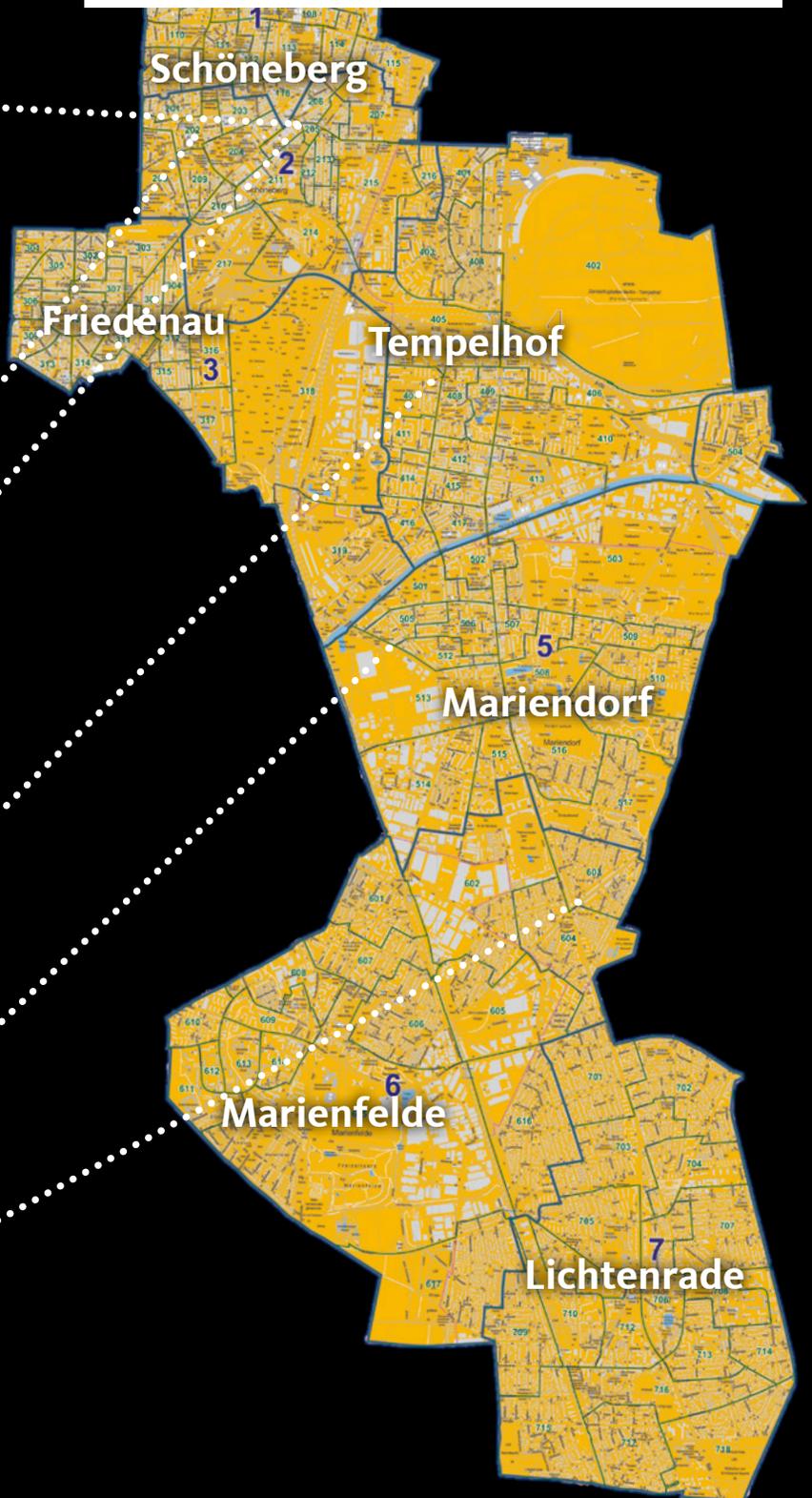
Burchardstraße 1-3 | 12305 Berlin
Telefon: 030 546 370
kontakt@johannes-werner-berlin.de
www.johannes-werner-berlin.de

BÜRGERBÜRO ROMAN SIMON MDA

Kaiserstraße 144 | 12105 Berlin
Telefon: 030 74 00 1591
info@romansimon.de
www.romansimon.de

BÜRGERBÜRO FLORIAN GRAF MDA

Tauernallee 4 | 12107 Berlin
Telefon: 030 74 00 1590
kontakt@florian-graf.info
www.florian-graf.info



blickpunkt IMPRESSUM/BILDHINWEISE

HERAUSGEBER: CDU Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
info@cdu-tempelhof-schoeneberg.de | www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de | V.i.S.d.P.: Florian Graf Mda

REDAKTIONSSCHLUSS: 10.09.2020

REDAKTION: Chefredakteur: Carsten Schanz | Chef vom Dienst: Dipl.-Ing. Horst Kauffmann | redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de

LEKTORAT: Denis McGee | SATZ/LAYOUT: André Laurman-Urbanski | DRUCKEREI: Druckcenter Berlin.

ALLGEMEINER HINWEIS: Die Redaktion ist Inhaberin der Bildrechte, insofern keine gesonderten Urheber- oder Quellenverweise benannt sind. Bildverwertungen sind nur mit Genehmigung und Quellenangabe zulässig.

CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG